



8. Mai - Tag der Befreiung

Wir sagen: Спасибо! Thank You! Merci!



ZUM TAG DER PFLEGE

positioniert sich die
AG Betrieb & Gewerkschaft auf **Seite 2**

STADTRAT MACHT WEITER

über die Ereignisse und Hintergründe der
Sitzung schreibt Anja Schale auf **Seite 3**

KOMMENTAR ZUM 8. MAI

liefert Peter Blechschmidt auf **Seite 4**



COVID-19-Pandemie – In der Krise, nach der Krise oder vor der Krise?

Seit zwei Monaten leben wir in einem Ausnahmezustand, den so noch keiner kannte. Nach Wochen der strikten Infektionsschutzmaßnahmen und vergleichsweise geringen Infektionszahlen in unserer Region, kann es plötzlich mit Lockerungen der gravierenden Beschränkungsmaßnahmen scheinbar nicht schnell genug gehen. Einerseits scheint die nächste Welle steigender Infektionszahlen unausweichlich vor uns zu liegen und andererseits steigt das natürliche Bestreben der Menschen schnellstmöglich wieder in den Alltag zurückzukehren und die Verunsicherung und Beschränkungen der letzten Wochen abzuschütteln. Viele Menschen sehen ihre wirtschaftliche Existenz vor dem Abgrund und die Sorge steigt, dass die Wirtschaftskrise nach der Krise größer werden könnte als die Pandemie selbst. Also schnell zurück zum vorherigen Status Quo?

Als LINKE können wir darauf nur ein klares Ja als Antwort geben.

Einerseits brauchen wir ein klares Nein zu einer unhinterfragten Rückkehr zum

neoliberalen Wirtschaften, zum Privatisieren, zum Umverteilen von unten nach oben, zum Kaputtsparen des Gesundheitswesens und zu einer Niedriglohnpolitik, die auch und vor allem die plötzlich systemrelevanten und überwiegend von Frauen ausgeübten Berufe betrifft. Die Krise zeigt einmal mehr, dass die Logik des freien Marktes und der Hyperglobalisierung versagt hat. Wir brauchen jetzt ein klares Umdenken und Gegensteuern. Wir brauchen einen gemeinsamen Kampf der Menschen um eine faire und solidarische Lastenverteilung, einen gemeinsamen Kampf für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Andererseits muss unsere Antwort ein klares Ja sein. Ein Ja zur Wiederherstellung aller Grund- und Freiheitsrechte sowie eine Rückkehr zu rechtsstaatlichen und demokratischen Prozessen. Das Verordnungs- und Regelungschaos der Regierung mit der oft mangelhaften Kommunikation und Transparenz führt bei vielen Menschen zu weiterer Verunsicherung, einem steigenden Gefühl

von Benachteiligung und zu schwindender Akzeptanz staatlichen Handelns. Außerdem brauchen wir auf allen politischen Ebenen die sofortige Wiederherstellung demokratischer Willensbildung und Kontrolle.

In all diesen Punkten liegen auch die Gründe dafür, dass immer mehr Menschen einfachen Krisenerklärungen auf den Leim gehen, Verschwörungstheorien glauben und gemeinsam mit Nazis auf die Straße gehen. In Chemnitz und Umgebung eindeutig ein Sammelsurium aller Teile der extremen Rechten, wird diese Bewegung in anderen Regionen zunehmend anschlussfähig für viele Menschen, bis weit ins linke oder grüne Wählerspektrum. Dem müssen wir eine eigenständige und anschlussfähige Politik gegen soziale Spaltung und Angst entgegensetzen.

Auch weiterhin gilt es Abstand zu halten und sich und andere zu schützen.

Haltet durch und bleibt gesund!

Tim Detzner

Geschäftsstelle öffnet wieder

Ab 26. Mai hat unsere Geschäftsstelle wieder regulär dienstags von 12:00 - 18:00 Uhr und Donnerstags von 9:00 - 17:00 Uhr geöffnet. Wir bitten Euch bei eurem Besuch Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten. Beratungen in den OV sowie AG/IG können unter Einhaltung der Infektionsschutzbestimmungen ebenfalls wieder durchgeführt werden, sollten aber nach Möglichkeit weiter online stattfinden. Wir bitten euch bei Präsenztreffen anhand der Raumgrößen und Schutzmaßnahmen vor Ort zu prüfen, wie viele Menschen an einer Versammlung teilnehmen können.

1. Mai 2020 – anders aber erfolgreich

Zum 1. Mai mussten wir diesmal auf völlig andere Formate ausweichen und haben es dennoch geschafft sichtbar zu sein. Wir haben eine Minikundgebung am Karl-Marx-Monument abgehalten und ein Video davon in den sozialen Netzwerken verbreitet, was über 1.000 mal angeschaut wurde. Gerade jetzt - DIE LINKE - die Kraft für soziale Gerechtigkeit und die Interessen der Arbeiter*innen.

Mitgliedergespräch

Am 13. Mai lud die AG Mitgliederleben zum Gespräch mit dem Stadtrat und PARTEI-Mitglied Sebastian Cedel ein. Der seit einem Jahr der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE./Die PARTEI im Chemnitzer Stadtrat zugehörige Student berichtete über seine Erlebnisse und Arbeit in der Kommunalpolitik. Im Anschluss beantwortete er die Fragen der anwesenden Genoss*innen.

Positionierung zum Tag der Pflege

Am 12. Mai zum internationalen Tag der Pflege wurde die Situation in der Pflege dargestellt. Nicht nur an diesem Tag ist es uns wichtig, uns bei den Pflegekräften für ihre aufopferungsvolle Arbeit zu bedanken. Die gegenwärtige Corona-Krise verdeutlicht: die Krankenhäuser und Pflegeheime arbeiten an ihrer personellen Grenze. Pflegekräfte sind durch das zusätzliche hohe Arbeitsaufkommen und die Arbeitsbedingungen erschöpft.

DIE LINKE weist schon seit längerem darauf hin: die medizinische und pflegerische Betreuung in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und in der ambulanten Pflege wurde kaputtgespart. Mit systemischen Anreizen werden die Einrichtungen zur Profitquelle und das Personal zum Kostenfaktor degradiert. Kostendruck führte zum Abbau von Vorräten der Schutzausrüstung. Es wird deutlich: Gesundheit darf keine Ware sein!

Gegenwärtig wird viel über die Wertschätzung der pflegerischen Tätigkeit gesprochen. Dem müssen aber nachhaltige Entscheidungen folgen. Die angestrebte Bonuszahlung für Pflegekräfte sollte dabei ein Signal für eine längerfristige bessere Bezahlung der Pflegekräfte und aller für den Betrieb notwendigen Mitarbeiterinnen*innen sein.

Wir fordern:

- Abschaffung der Fallpauschalen

Zweierlei „Systemrelevanz“

Während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 tauchte der Begriff der „Systemrelevanz“ erstmals auf. Damals warfen die Regierungen mit dieser Begründung den Banken von einem Tag auf den nächsten Milliarden an Steuergeldern hinterher. In der aktuellen, durch die Corona-Pandemie verursachten Krise, wurde der Begriff der Systemrelevanz auf Beschäftigte, z.B. im Gesundheitssektor oder im Einzelhandel, übertragen. Jedoch mit grundlegend anderen Resultaten:

Bei den meist unterdurchschnittlich bezahlten, mit widrigen Arbeitsbedingungen konfrontierten Beschäftigten wurden nicht sofort Milliarden zur Unterstützung bereitgestellt. Einzig zu einer einmaligen Sonderzahlung von 1500€ für Pflegekräfte hat sich die Bundesregierung nach langem Hin und Her durchgerungen. Dafür wurden aber im Zuge der Krise

- Tarifliche Bezahlung der Pflegekräfte mindestens 500€ Lohnerhöhung monatlich und dauerhaft

- Einbeziehung der nichtpflegerisch Beschäftigten (z.B. Reinigungs- und Küchenkräfte sowie Hausmeister) in die Bonuszahlung und Tarifverträge

- Rücknahme der Aufweichung der Arbeitszeitgesetz

- Volles Gehalt für alle, die zu Hause bleiben oder kurzarbeiten müssen.

Für eine langfristige Perspektive ergeben sich weitere Forderungen:

- Bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bei Sicherung einer wohnortnahen Versorgung auch im ländlichen Bereich

- Bedarfsgerechte Personalbemessung

- Insourcing ausgegliederter Bereiche

- Gesundheitswesen gehört in öffentliche Hand

- Pharmaindustrie unter staatliche Kontrolle und demokratisch verwalten

Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaft ver.di. für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Bezahlung.

AG Betrieb & Gewerkschaft

arbeitsrechtliche Regelungen gelockert, so dass nun z.B. ein 12-Stunden-Tag möglich ist. Jene Beschäftigten stehen genau so schlecht da, wie vor der Krise, obwohl ihr gesellschaftlicher Stellenwert offenkundig geworden ist.

Diese sehr unterschiedliche Reaktionen zeigen, dass das Kümmern um die grundlegende Reproduktion der Gesellschaft im Kapitalismus, trotz ihrer enormen Bedeutung, als gegeben vorausgesetzt wird. Banken hingegen zielen zuvorderst auf Kapitalakkumulation ab. Es ist zwar keine Gesellschaft ohne Reproduktion, sehr wohl aber eine ohne Kapitalakkumulation denkbar, nur wäre diese dann keine kapitalistische mehr. Genau darin liegt des Pudels Kern und die menschenfeindliche Logik des Kapitalismus: Die Erhaltung des Kapitals ist ihm mehr wert, als die Erhaltung des Lebens der Menschen.

Nico Zimmermann

LAG Deutsch-Russische Freundschaft Sachsen sendet Glückwünsche

Zum Tag des Sieges am 9. Mai hat die LAG DRF an den Generalkonsul der Russischen Föderation in Leipzig, Herrn Dronov, ein Schreiben geschickt, mit dem sie sich für die heldenhaften Taten der Roten Armee und die Befreiung Deutschlands vom Faschismus vor 75 Jahren bedanken und den diplomatischen Vertretern Glückwünsche zum Sieg ausdrücken. Wer den Brief selbst lesen möchte, darf sich bei den Genoss*innen der LAG DRF melden.

Mahnwache belagert und bedroht

Am 18. Mai hatte Pro Chemnitz erneut zu einem sogenannten „Spaziergang“ gegen die vermeintliche „Corona-Diktatur“ aufgerufen. Diese nicht angemeldete Versammlung von rund 200 Menschen belagerte dabei eine von der LINKEN unterstützte Mahnwache von Aufstehen gegen Rassismus, an der ca. 20 Personen teilnahmen. Die Faschisten bedrängten die demonstrierenden Antirassist*innen immer wieder massiv. Die überwiegend aus Frauen bestehende Gruppe musste dabei Bedrohungen und übelste sexistische und rassistische Beleidigungen ertragen. Polizei und Versammlungsbehörde hatten den „Spaziergang“ „nicht auf dem Schirm“, werteten diese Demonstration nicht als solche, empfanden die Situation als friedlich und wollten bzw. konnten keinen angemessenen Schutz gewährleisten. So wird die wiedererlangte Versammlungsfreiheit missbraucht und die Gesundheit aller gefährdet.

Stadtratssitzung – es geht weiter!

Dort, wo sonst der Fußball rollt, fand am 29. April nach zweimonatiger Pause die Stadtratssitzung statt. Viel Platz zwischen den Stadträt*innen, Händeheben statt Abstimmungsanlage und ein bisschen Zeit zum Einfuchsen bestimmten diese Sitzung.

Das große Thema der Sitzung war natürlich die Corona-Krise. In einer Beschlussvorlage legte die Stadtverwaltung Vorschläge mit dem Ziel vor, erste Folgen der Corona-Pandemie für unsere Stadt aufzuzeigen. Dabei stehen die Lebensbereiche im Fokus, für die Stadtrat und Stadtverwaltung unmittelbare Verantwortung tragen. Durch Zustimmung zu einem fraktionsübergreifenden Änderungsantrag, initiiert durch unsere Fraktion, wurde noch das Programm für Kunst- und Kulturschaffende bei diesen Maßnahmen verankert.

Beschlüsse zu Grunderwerb und Bau für die Grundschule Weststraße und die Oberschule Vettiersstraße werden langfristig die angespannte Situation in den Chemnitzer Schulen entspannen.

Mit der vorgelegten Unterkunfts- und Heizungskostenrichtlinie soll die bislang geltende Richtlinie fortgesetzt werden. Damit konnte sich unsere Fraktion nicht zufrieden geben und stellte einen Änderungsantrag zur Erhöhung von 2% der Aufwendungen für Unterkunft, um steigende Mieten aufzufangen. Dieser Änderungsantrag fand jedoch keine Unterstützung.

Wegen der seit einigen Monaten herrschenden Probleme am Brühl haben wir gemeinsam mit weiteren Fraktionen einen Beschlussantrag eingereicht, der einen Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz zum Ziel hat. Gemeint ist, dass der Bereich „Brühl-Boulevard“ zum „Urbanen Gebiet“ erklärt werden soll. Diesem Ansinnen stimmte der Stadtrat mehrheitlich zu.

Mit einem fraktionsübergreifenden Beschlussantrag beschloss der Stadtrat, dass die Stadt Chemnitz ihre Bereitschaft zur zusätzlichen Aufnahme von quartalsweise mindestens drei Kindern bzw. Eltern mit Kindern aus Flüchtlingslagern in Griechenland erklärt. Kurz vor Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt zeigen die Stadträte von AfD und Pro Chemnitz ihr völlig verantwortungsloses Verhältnis zu elementaren Grundsätzen der Demokratie, indem sie die Sitzung verließen,



um die Beschlussfähigkeit des Stadtrates zu verhindern. Das durch die AfD stets vor sich hergetragene Argument, eine demokratisch gewählte Partei sei auch eine demokratische Partei, haben sie damit selbst ad absurdum geführt. Die Sitzung konnte jedoch fortgesetzt werden, indem Stadträt*innen, die ihren Verzicht an der Teilnahme erklärt hatten, kurzfristig ins Stadion kamen.

Das Thema Corona eröffnete die Stadtratssitzung und beendete sie auch – mit zwei maßgeblich von unserer Fraktion initiierten Beschlussanträgen zu Hilfen für in Not geratene Vereine, Verbände und Initiativen und Aufrechterhaltung und Stärkung von Beratungs- und Betreuungsangeboten. Damit wurde die Stadtverwaltung beauftragt, weitere Maßnahmen zu prüfen und bedarfsgerecht umzusetzen, die in der Stadt Chemnitz wirkende Vereine, Verbände und Initiativen vor existenzgefährdenden Auswirkungen und schweren finanziellen Folgen aus der Corona-Krise schützen. „Corona hat die Beratungs- und Betreuungsangebote quer durch alle Bereiche erst einmal lahm gelegt. Aber Hilfsbedürftige können manchmal nicht warten.“ so Susanne Schaper in ihrer Rede. Und weiter: „Aus unserem Beschlussantrag, der Anfang April eingereicht wurde, ist schon einiges umgesetzt. Mit einer umfassenden Prüfung, auf die wir auch im Nachhinein noch zurückgreifen können, wollen wir eine ungefähre Gleichbehandlung zwischen den Sparten erzielen und auch im Nachhinein überprüfen können, wo sich Schwachstellen befinden.“ Die Verwaltung ist nunmehr beauftragt, Maßnahmen zu prüfen und zu ergreifen, um wichtige Beratungs- und Lebenshilfeangebote aufrecht zu erhalten bzw. in ihrer notwendig veränderten Arbeitsweise zu unterstützen.

Der 8. Mai – bald ein „Volkstrauertag“ zum Mahnen und Vergeben anlässlich einer Niederlage?

In den letzten Tagen waren „neue“ Erkenntnisse in der Tagespresse zu vernehmen, die das Gedenken zum 8. und 9. Mai begleiten sollten: Deutsche Wehrmachtdeserteure hätten kaum eine politische Motivation, Opfer wären zugleich Täter, den Widerständler mit einer weißen Weste gäbe es nicht in einem totalitären System.

Vor 35 Jahren mahnte der damalige Bundespräsident Richard v. Weizsäcker eine Abkehr von der Deutung des 8. Mai 1945 als Niederlage an. Der damalige Leiter des Militärgeschichtlichen Museums Karlshorst Dr. Jahn wandte sich 2012 in einem Artikel gegen eine Trivialisierung der Erinnerung mit einem reduzierten Bild von deutschen Soldaten, geprägt von dessen Leid und lang andauernder Gefangenschaft, von Flucht, Racheexzessen und Vertreibung deutscher Zivilisten bei Kriegsende.

Angesichts der Rede des derzeitigen Bundespräsidenten beschleicht mich eine weitere unguete Ahnung: Europa solle zusammenhalten, ohne Russland, eher mit den „versöhnungsbereiten“ ehemaligen

Kriegsgegnern(?). Sicher hatte eine Gedenkrede auch den gegenwärtigen einschränkenden Regeln im öffentlichen Leben zu folgen, aber muss Gedenken mit Abstand auch Abstand von historischen Wahrheiten bedeuten? Russland und die Rote Armee haben für dieses „starke Europa“ einen hohen Blutzoll geopfert.

Das sahen viele der etwa 200 Besucher des vom VVN-BdA initiierten Gedenkens auf dem Chemnitzer Ehrenfriedhof am Richterweg ähnlich. Sie begrüßten die Zugänglichkeit und die würdevolle Atmosphäre. Es kamen junge und ältere Chemnitzer, Großeltern und Enkel, Verwandte von Armeeingehörigen und sogar, wie immer, ein russischer General mit Familie.

Mit vielen von Ihnen und auch mit den vielen Besuchern von anderen Erinnerungsorten auf den Fotos für die Aktion des Stadtvorstandes müssen wir in Sachen kollektive Erinnerung an den 8. und 9. Mai konkret vor Ort in Chemnitz im Gespräch bleiben.

Peter Blechschmidt

Unterstützung für Kuba in Zeiten der Corona-Pandemie!

Die seit fast 60 Jahren anhaltende völkerrechtswidrige und menschenrechtsverletzende Blockade der USA gegen Kuba, die in den letzten Monaten von der Trump-Regierung erweitert und verschärft wurde, hat das Leben der Kubaner*innen, die Wirtschaftsentwicklung und das Gesundheitswesen des Landes stark in Mitleidenschaft gezogen. Wir bitten daher um Spenden von Einzelpersonen und Organisationen für das sozialistische Kuba auf das Konto

des *Netzwerk Cuba e. V.*:
IBAN DE52 1001 0010 0032 3301 04
Verwendungszweck „Corona“

oder der *Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.*:
IBAN DE96 3702 0500 0001 2369 00
Verwendungszweck „Corona“

Solidarität ist die
Zärtlichkeit der Völker 

DIE LINKE

27.05. 17:00 Uhr Online

Digitales Mitgliedergespräch - Videokonferenz

Zum Thema *Linke Wirtschaftspolitik und -forderungen unter Corona* laden wir MdL Nico Brünler ein, um mit uns zu diskutieren.

Eine Einladung samt Beitrittslink für die Konferenz erfolgt zeitnah über den E-Mail-Verteiler.

05.06. 17:00 Uhr Online

Beratung des Stadtvorstandes - Videokonferenz

10.06. 17:00 Uhr Online

Digitales Mitgliedergespräch - Videokonferenz

Zum Thema *Linke Bildungspolitik und -forderungen unter Corona* laden wir Eva Wolf (LAG Bildung) ein, um mit uns zu diskutieren.

Eine Einladung samt Beitrittslink für die Konferenz erfolgt zeitnah über den E-Mail-Verteiler.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

28.05. 19:00 Uhr Online

Automatische Subjekte oder Selbstbestimmung? Gefahren und Potentiale der Digitalisierung im Anschluss an Marx*

Mit Dr. Peggy Hetmank-Breitenstein (Institut für Philosophie der Uni Jena), Moderation: Antonella Muzzupapa (RLS)

Die Veranstaltung bieten wir als Webinar an.

Anmeldung unter der Veranstaltung auf unserer Homepage www.sachsen.rosalux.de

Marx zufolge haben die technologischen Revolutionen, die er seinerzeit in Produktion, Transport, Kommunikation und Verwaltung beobachten konnte, tiefgreifenden Einfluss auf das Wissen und Können, auf Lebensführung und Selbstverständnis der Menschen. Die Dynamik des technologischen Wandels allerdings und auch seinen Einfluss auf Produktion, Verteilung und Konsum sieht er durch die kapitalistische Wirtschaftsweise selbst bestimmt: Sie ist abhängig von Eigentumsverhältnissen, Verwertungsinteressen, der Trennung von Kapital und Arbeit etc.

Im Zentrum dieses Vortrags steht die Frage, wie sich die Wechselwirkung zwischen digitalen Technologien, Kapitalismus und Mensch im Anschluss an Marx begreifen lässt. Welche der Begriffe, Unterscheidungen, Einsichten seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ lassen sich als Werkzeuge benutzen, die uns helfen, uns über die Gefahren wie auch Potentiale der „digitalen Revolution“ aufzuklären?

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtverband Chemnitz

Adresse: 09126 Chemnitz, Rosenplatz 4

Tel. / Fax: 5 61 90 60 / 56 19 06 07

E-Mail: kontakt@dielinke-chemnitz.de

Verantwortlicher Redakteur, Satz & Layout: Nikos Richter

Verlag, Druckerei & Vertrieb: Eigenverlag, -druckerei und -vertrieb

Sämtliche Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich das Recht vor eingesandte Beiträge verkürzt wiederzugeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nach Maßgabe der Redaktion in den Reaktionsplan eingearbeitet.

Das *Mitteilungsblatt* erscheint auch online unter www.dielinke-chemnitz.de

Die nächste Ausgabe erscheint am **16. Juni 2020**